

„Mehr öffentliche Ausgaben wagen?! Wie wir Infrastruktur und soziale Dienstleistungen zukünftig gestalten und finanzieren können“

Unter diesem Titel luden das **Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung** und der **DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt** am 25.02.2015 zu einer Podiumsdiskussion ein. Für einen einleitenden Vortrag konnte **Prof. Dr. Peter Bofinger**, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg und Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, gewonnen werden.



Prof. Dr. Bofinger bei seinem Vortrag. Auf der Folie zu lesen: „Sind wir die Geisterfahrer?“

Zu Beginn seines Vortrages stellte Bofinger fest, dass in der Bundesrepublik die „schwarze Null“ so gefeiert würde „als wäre man auf dem Mond gelandet.“ Hier müsse die Frage erlaubt sein, ob das was Deutschland mit seiner Null-Defizitpolitik betreibe gut oder schlecht sei. Mit der Frage: „Was wäre, wenn alle eine schwarze Null hätten?“, betrachtete er dazu andere Volkswirtschaften im Vergleich zum Euroraum. Hier sei festzustellen, dass Deutschland eine Sonderrolle einnehme, was die Geld-beziehungsweise Schuldenpolitik angehe.

So hätten beispielsweise die USA und Großbritannien jeweils ein Staatsdefizit von circa 4 Prozent. Zusätzlich müsse man verstehen, dass Leistungsüberschüsse in Deutschland die Defizite in anderen Ländern seien. Bofinger kritisierte die Schuldenbremse als Trugschluss aus der Finanzkrise. So seien es die privaten Märkte gewesen, die versagt und damit die Krise herbeigeführt hätten. Daraus nun abzuleiten, dass Staaten nicht mehr an den Kapitalmarkt sollen und dürfen, sei die falsche Entscheidung und man nehme dem Staat die Möglichkeit, als Investor tätig zu werden.

Bofinger kritisierte das Denkschema, wonach Staaten genauso haushalten müssten wie eine Privatperson. Hier bediente er sich des Beispiels der „Schwäbischen Hausfrau“. Diese würde einen Kredit für ein Haus aufnehmen, der dann mit 60 abbezahlt sein muss, denn: „Man will ja seinen Kindern keine Schulden hinterlassen.“ Es wäre für einen Staat sinnvoller, „wie Unternehmen zu denken“, so Bofinger. Denn diese würden überprüfen, welche Investitionsmöglichkeiten es gäbe und welche Rendite zu erwarten sei.

Eine weitere Problematik sei die Vermögenssituation in Deutschland, so der Wirtschaftsweise weiter. So gäbe es zwar immer höhere Geldvermögen, aber eine unterdurchschnittliche Menge

an Sachvermögen. Hier hätte sich eine „Investitionslücke“ aufgetan, weil kein Transfer von Geld- zu Sachvermögen mehr stattfindet. Es sei auch deutlich mehr investiert worden, als die Steuern noch höher waren. Der Investitionseinbruch sei zwar global zu beobachten, aber trotz alledem bräuchte es bei der Investitionspolitik in Zukunft „ein bisschen mehr Phantasie und Mut.“ Die Ursache für die fehlenden Investitionen sei vor allem ein Mangel an privater Nachfrage. Dies sei zum Beispiel auch auf fallende Lohnquoten und einen seit Anfang der 1980er Jahre anhaltenden Rücklauf der Löhne der untersten 90% der Einkommensbezieher_innen zurückzuführen.

Hier sei eigentlich die öffentliche Hand in der Pflicht, durch gezielte Anlagen und Investition der anhaltenden Flaute bei Investitionen entgegen zu wirken. Doch stattdessen würde Deutschland „inzwischen von der Substanz leben.“ Bereits heute würde öffentliches Sachvermögen, zum Beispiel die Verkehrsinfrastruktur, durch fehlende Investitionen an Wert verlieren. Die Verkehrsinfrastruktur benötige bereits jetzt zusätzlich 7,2 Milliarden Euro jährlich. „Wir versündigen uns an den zukünftigen Generationen“ stellte Bofinger fest. Denn die heute fehlenden Investitionen würden in Zukunft nur noch mehr kosten.

So könnten sich zum Beispiel bei der Energiewende immense Potenziale entfalten. So rechnet Bofinger bei einer Investition von 300 Milliarden Euro in erneuerbare Energien mit einer Rendite von circa 2,8 Prozent. Doch statt die momentan niedrigen Zinssätze auszunutzen, würde die Politik diese Potenziale verstreichen lassen. „Die schwarze Null ist eine Null für die Sparer“ stellte Bofinger zum Ende seines Vortrages fest.

Nach den Ausführungen von Prof. Dr. Bofinger schloss sich eine Podiumsdiskussion an. So wurde zu Beginn **Olaf Lies, niedersächsischer Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**, um eine Einschätzung der Situation gebeten.

Auch Lies betonte, dass „die Schuldenbremse keine Investitionsbremse“ sein dürfe. So müsse ein Bewusstsein für den schlechten Zustand der Infrastruktur geschaffen werden, um der Bevölkerung vor Augen zu führen, wohin ein Investitionsmangel führen könne. Trotz alledem müsse die Schuldenbremse eingehalten werden, denn Lies rechnet nicht mit einer politischen Abkehr von der Schuldenbremse. Aus politischer Sicht sei das Problem, dass man „für das Nichteinhalten der Schuldenbremse“ abgewählt werden würde. Lies sei sich der Problematik bewusst und wisse als Minister um den Zustand der Infrastruktur. Er skizzierte den Mangel an Investitionswillen anhand des notwendigen Internetausbaus. So würden circa 1,7 Milliarden Euro gebraucht, um in Niedersachsen Haushalte großflächig an das Breitbandinternet anzuschließen. Politisch machbar seien im Moment, unter anderem auch durch EU-Fördermittel, aber nur 60 Millionen. Der Freistaat Bayern allein investiere 1,5 Milliarden Euro in den Ausbau. Unter den gegebenen Umständen und den eingeschränkten Finanzierungsmöglichkeiten seien die Länder aber



v. l. n. r. **Olaf Lies, Stefan Körzell, Dr. Torsten Windels, Dr. Ludger Vielemeier und Prof. Dr. Bofinger**

prinzipiell nicht mehr in der Lage, Investitionen für große Infrastrukturprojekte alleine zu stemmen.

Dr. Torsten Windels, Chefökonom der NORD/LB, sprach derweil von einer „Lose-Lose-Lose Situation.“ So würden wir an „Überschuss zu Grunde gehen, während unsere Straßen marode sind“ und Investoren wüssten nicht wohin mit ihrem Geld. Kritisch betrachtet er auch jene Projekte, die sowohl aus Mitteln der Öffentlichen Hand als auch von privaten Geldgebern finanziert seien (PPP = Public-Private Partnership). Bisher seien für den Staat, egal ob nun in Form von Bund, Ländern oder Kommunen, solche PPP-Projekte am Ende immer teurer gewesen als ähnliche Projekte, die nur aus öffentlichen Mitteln finanziert worden seien.

Auch **Stefan Körzell, Mitglied des DGB-Bundesvorstandes**, sieht den momentanen Mangel an staatlichen Investitionen kritisch. So habe er an der deutsch-deutschen Grenze gelebt und „einen Staat gesehen, der 25 Jahre lang nicht investieren konnte.“ Körzell stimmte Olaf Lies in dem Punkt zu, dass auch er momentan keine Partei sehe, die bereit wäre, die Schuldenbremse zurückzunehmen.

Prof. Dr. Bofinger sieht bei dem Investitionsmangel aber vor allem die potenziellen Investoren in der Pflicht. Diese wollten für ihr angespartes Geldvermögen „akzeptable Renditen“. Es müsse doch aber zu verstehen sein, dass es „für jeden Sparer auch einen Schuldner“ braucht. So müsse der Staat mittlerweile bei Versicherungen „einspringen“ um die Rendite zu garantieren, um so die Investitionsflaute abzufangen.

Um diesem Mangel an Investitionen zu begegnen, gab es einige Vorschläge seitens des Podiums. So schlug Stefan Körzell dreierlei vor. Erstens müsse die nun seit Jahren diskutierte, aber nie umgesetzte Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Des Weiteren sei es unverständlich und den Bürger_innen nicht zu erklären, wieso verschiedene Arten von Einkommen unterschiedlich besteuert werden sollten. So müssten Zinserträge und Renditen aus Kapitalvermögen endlich angemessen besteuert werden. Und drittens eine auf zehn Jahre begrenzte jährliche Abgabe von drei Prozent auf Kapitalvermögen von über 500.000 Euro bei Ledigen und über 1.000.000 Euro bei Paaren.

Auch Torsten Windels unterstützte die Idee einer Kapitalvermögenssteuer, würde sie jedoch nicht nur auf zehn Jahre begrenzen, sondern auf Dauer einführen. Dies könnte den Investitionswillen steigern, um einer Zusatzbesteuerung zu entgehen. Zudem gäbe es bereits heute Mechanismen, die Konsumfördernd seien. Als Beispiel nannte er hier die umlagefinanzierte staatliche Rentenversicherung. Anstatt jedoch die staatliche Rentenversicherung weiter auszugestalten, wären private Zusatzversicherungen in den Mittelpunkt gerückt worden. Doch gerade diese seien es gewesen, die große Teile ihres Anlagevermögens während der Finanzkrise verloren hätten. Und das anhaltende Niedrigzinsniveau führe im Moment gerade bei den betrieblichen Rentenversicherungen zu starken Renditeeinbrüchen. Dies würde und könnte bei einer Umlagefinanzierung nicht passieren.

Olaf Lies unterstrich jedoch noch einmal einen anderen Punkt. So wäre bereits viel über mögliche Bundes- oder Landespolitik geredet worden, aber „die Kommunen kommen zu kurz“. So würde ein Großteil der öffentlichen Investitionen im Bereich der Kommune getätigt und diese müssten mehr unterstützt werden. „Über 60 Prozent der öffentlichen Investitionen finden in den Kommunen statt“, ergänzte Körzell. Gerade deshalb müssten die Kommunen in den kommenden Jahren auch finanziell besser aufgestellt sein.

Bofinger schloss mit einer düsteren Prognose ab. So werde es bei der momentanen Entwicklung von Sach- und Geldvermögen in ein paar Jahren „viele frustrierte alte Menschen“ geben, die sich mit ihrer niedrigen Rente die immer weiter steigenden Miet- und Lebenshaltungskosten nicht mehr leisten könnten. Um dieser Entwicklung noch begegnen zu können, müssten die Steuererleichterungen auf Geldvermögen wieder zurück genommen und für Sachvermögen wie zum Beispiel Eigenheime wieder eingeführt werden. Generell plädierte der Wirtschaftsexperte für mehr politischen Mut: „Die schwarze Null ist keine Schuldenbremse, sondern eine Denkbremse.“